

<p>Stellungnahme der ProDG-Fraktion: Plenarsitzung 27.06.2011</p>

Es gilt das gesprochene Wort

1. Anpassung des Haushalts 2011 der Deutschsprachigen
Gemeinschaft: Alfons Velz

Wenn man so grob über den jetzt angepassten Haushaltsentwurf schaut, ist man versucht, sich von der großen Veränderung, die auf den ersten Blick auffällt, blenden zu lassen. Das Ergebnis steht um rund siebzig Millionen Euro besser da als der Ursprungshaushalt von Dezember.

Daher ist es umso wichtiger, ganz deutlich darauf hinzuweisen, dass dies aus rein buchhalterischen Gründen so ist.

Wir erinnern uns: der Ursprungshaushalt sah wegen der doch recht günstigen Zinslage bei den Ausgaben den gesamten Eigenanteil der DG am PPP-Projekt in einer einmaligen Zahlung für 2011 vor.

Auf Empfehlung des Rechnungshofes werden diese Ausgaben nun aber auf die Haushalte 2012, 2013 und 2014 verteilt, was unter anderem zur Folge haben wird, dass der Haushalt 2014 rein buchhalterisch ein hohes Defizit aufweisen wird.

Das wird dann sicher die Oppositionsparteien freuen, in der Praxis ändert sich aber nichts, aber auch rein gar nichts an den Ausgaben der nächsten Jahre zusammengenommen und es ändert sich auch gar nichts an dem PPP-Projekt, auf das diese Anpassung sich hauptsächlich bezieht.

Abgesehen von dieser rein buchhalterischen Maßnahme weist die Haushaltsanpassung in unseren Augen nichts Spektakuläres auf, es sei denn, man betrachtet eine seriöse Planung als spektakulär. Jedenfalls kann man jetzt feststellen, dass die Einnahmen höher sind als ursprünglich angenommen und die Ausgaben niedriger als ursprünglich geschätzt.

Der angepasste Haushalt entspricht also - von dem eben angesprochenen buchhalterischen Aspekt abgesehen - weitgehend dem Ursprungshaushalt, den wir im Dezember hier verabschiedet haben, ja, er ist die logische Weiterführung des Haushaltes vom Dezember.

Daher wird es Sie auch nicht überraschen, wenn wir betonen, dass die Aussagen von proDG zum Ursprungshaushalt im Dezember hier und heute noch ihre volle Gültigkeit haben.

Das betrifft zuerst einmal den gesamten Zeitraum von 2009 bis heute: lassen Sie mich kurz zurückblicken: im Zeitraum zwischen 2009 und 2011 haben wir die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir nicht verschuldet haben, schmerzlich zu spüren bekommen: seit der Zeit hat die DG jährlich 10 Millionen Euro weniger Einnahmen als vor der Finanzkrise prognostiziert, und das jedes Jahr, Jahr für Jahr.

Daraus ergab sich leider jener schwierige Spagat, in dem wir uns immer noch befinden:

1. auf der einen Seite müssen wir dafür sorgen, dass die Gemeinschaft weiterhin „funktioniert“ bleibt mit den vielfältigen Dienstleistungen und den rund 4000 Arbeitsplätzen, die übrigens alle gesichert werden konnten. Niemand hat wegen der Krise seinen Arbeitsplatz verloren oder Einkommenskürzungen gehabt.

2. Andererseits heißt es, die durch die Krise bedingte Neuverschuldung, die ursprünglich auf eine Kreditaufnahme von mehr als 200 Mio, hinauslief, möglichst zu begrenzen: inzwischen sind wir ungefähr bei einem Drittel der ursprünglich angesetzten Summe angelangt, und das war nur möglich mit dem sogenannten Krisendekret vom April 2010.

Wir erinnern uns: die Mittel für Parlament, Regierung und andere Behörden wurden um 2% gekürzt; das Personal im Öffentlichen Dienst und Unterrichtswesen sollte für 3 Jahre auf Erhöhungen verzichten - eine Frage der Solidarität. Das Wichtigste ist: es wurde deshalb kein Personal entlassen, alle behielten ihren Arbeitsplatz !

Die aktuelle Situation. Wo stehen wir heute ? Wie ist unser Haushalt heute beschaffen ? Der Haushalt der DG lässt sich in seiner jetzt angepassten Form wie folgt beschreiben:

- Der finanzpolitische Schwerpunkt der Infrastrukturpolitik liegt nach wie vor im Bildungswesen.

Dabei geht es natürlich um das Jahrhundertprojekt PPP, mit dem acht Eupener Schulen auf den heutigen Stand der Technik und Pädagogik gebracht werden.

Dabei geht es aber auch um die vielen anderen Schulbauprojekte, die mit Eigenmitteln oder in Form von alternativen Finanzierung im Gemeinschaftsunterrichtswesen, Gemeindeschulwesen und im freien Schulwesen verwirklicht werden; ich denke da zum Beispiel an das Cäsar Frank Athenäum in Kelmis, das Königliche Athenäum in St.Vith, die PDS in Eupen und das TI in St.Vith.

- Der Infrastrukturplan enthält ebenfalls die Gelder für die Krankenhäuser und Altenheime, die in dem einen Fall schon seit geraumer Zeit bewilligt sind und nur noch abgerufen werden müssen und in dem anderen Fall in weiser Voraussicht bereits in der Simulation vorgesehen wurden.

Insgesamt dürfen wir mit Genugtuung feststellen, dass der gigantische Investitionsstau aus den 1990er am Ende dieser Legislaturperiode gänzlich aufgehoben sein wird. Im Antragskatalog wird zum Beispiel vorrausichtlich kein einziges Schulbauprojekt mehr übrig bleiben.

Im Augenblick versuchen Verschiedene, kurzfristig per Pressemitteilung oder per Leserbrief zu punkten, indem sie ein Schuldengespenst aufbauen, und sie tun das gerne sehr plakativ, indem sie Dinge, die man nicht miteinander vergleichen kann und darf, bewusst miteinander in Verbindung bringen, z.B. Belgien oder Ostbelgien mit der aktuellen Situation in Griechenland. Das ist absolut unqualifiziert, unseriös und außerdem recht durchsichtig.

Solch populistischer Panikmache kann man auch nicht wirklich mit Argumenten begegnen, man kann nur darauf setzen, dass sich der gesunde Menschenverstand durchsetzt, ja ich bin überzeugt, dass die Lebenserfahrung der meisten Menschen aus unserem Raum überwiegt, die sehr wohl wissen, dass man langfristig wichtige Bauten wie Schulen, Krankenhäuser und Altenheime nicht alle so einfach „aus der Portokasse“ bezahlen kann.

Jedem, der selbst mal ein Haus gebaut hat, leuchtet ein, dass hier keine Schulden gemacht werden, um den laufenden Haushalt, sprich Gehälter und normale Funktionskosten zu bezahlen.

Jeder ostbelgische Steuerzahler, der ein wenig genauer hinsieht, erkennt klar, dass die ostbelgischen Kredite allesamt für langfristig sinnvolle und wichtige Projekte aufgenommen werden und dass die Gesamtbelastung aller Infrastrukturkosten inklusive Zuschüsse, Rückzahlung alternativer Finanzierungen inklusive der PPP-Kosten im Durchschnitt innerhalb der 17,5 % Marke des Haushaltes bleibt.

Dies ist der Grundsatz, dem sich die Anleihepolitik der DG seit mehr als fünf Jahren verschrieben hat: er beruht auf drei wichtigen Verpflichtungen:

- alle Investitionen müssen langfristig notwendig sein, sie müssen allen Schülern und Auszubildenden zugute kommen, genau so den Kranken und den Senioren, sie müssen für eine vernünftige Kultur- und Sportinfrastruktur sorgen; sie müssen überall dort, wo die DG Vorgaben machen kann, strengen Kriterien der Energieeinsparung genügen;
- alle Schulden müssen für alle sichtbar, transparent und im Detail nachprüfbar sein - Wer sich den Haushalt angesehen hat, der wird feststellen: Das ist der Fall! In der DG gibt es keine versteckten Schulden. Alle Verpflichtungen werden aufgeführt, selbst dann, wenn sie im juristischen Sinne gar nicht als Schulden verbucht werden müssen.
- und diese Schulden müssen verkräftbar sein - Um das abschätzen zu können, ist die Finanzsimulation ein wichtiges Instrument.

Natürlich darf es nicht alle 2 Jahre zu einer Finanz- und Wirtschaftskrise kommen. Natürlich muss eine Simulation immer wieder aktualisiert und daraufhin geprüft werden muss, ob die Parameter, auf denen sie aufbaut, noch stimmen. Aber, wer diese Simulation redlich bewertet, wird feststellen: die Parameter wurden vorsichtig eingeschätzt und die Sicherheitsmargen für etwaige Veränderung sind beachtlich und nehmen im Laufe der Jahre deutlich zu.

Nun hat man Regierung und Mehrheit vereinzelt vorgeworfen, dass die Investitionen von heute späteren Regierungen keine Handlungsspielräume mehr lassen würde. Dem muss deutlich widersprochen werden, denn

1. zum Ersten werden im Haushalt die Finanzmittel für die Umsetzung des REK aufgeführt, die deutlich zeigen, dass bis 2014 trotz aller krisenbedingten Zwänge neue Spielräume in Höhe von 4,1 Mio € geschaffen werden. In der nächsten Legislaturperiode kommen dann noch mal 1,1 Millionen rekurrent hinzu.

Das sind beachtliche Summen, dennoch ist das kein Grund zu frühzeitigem Jubel. Denn mit diesen Spielräumen werden ja auch neue und bereits angedachte Sektorenabkommen finanziert werden müssen, ich denke da insbesondere an die Fortsetzung der Aufwertung des Lehrerberufes.

Hinzu kommt auch, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen können, OB und WIEVIELE Mittel in Zukunft aus dem Europäischen Sozialfonds in die DG fließen werden.

2. Zum Zweiten - und das ist sehr bedeutend - wird es uns - vorausgesetzt wir halten uns an die strikte Haushaltsdisziplin der letzten Jahre und setzen die vorhandenen Mittel gezielt und wirksam ein - wahrscheinlich gelingen, im Jahr 2015, also schon in vier Jahren einen ausgeglichenen Haushalt nach den Kriterien des Hohen Finanzrates zu präsentieren, und dies trotz der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, die sich wie eben erwähnt durch empfindliche Mindereinnahmen von Jahr zu Jahr bemerkbar macht.

Wenn sich die Entwicklung aber so fortsetzt wie sie sich jetzt andeutet, wird sich herausstellen, dass die Haushaltssimulation nicht auf Wolken baut, sondern auf vorsichtigen Schätzungen beruht.

Die in dieser Simulation für das Jahr 2011 zugrunde gelegte Wachstumsrate von 2,2 % wird zum Beispiel mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit übertroffen werden; womöglich sogar um 0,3 %. Und das wird jährlich wiederkehrende positive Auswirkungen auf die Einnahmen der nächsten Jahre haben. Ähnliches gilt auch für die Inflationsrate, die ja für 2011 offensichtlich ebenfalls zu niedrig eingeschätzt wurde.

3. Zum Dritten muss auch erwähnt werden, dass in der Haushaltssimulation für die nächsten Legislaturperioden neben den neuen Handlungsspielräumen auch Sicherheitsmargen eingebaut worden sind für den Fall, dass sich die Parameter für die Finanzierung der DG ungünstig entwickeln sollten. Diese Simulation enthält Sicherheitsmargen in Höhe von jährlich 2 Millionen EUR ab 2020, in Höhe von 10 Millionen EUR pro Jahr ab 2020 und sogar in Höhe von 15 Millionen EUR ab 2030!

In diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass Regierung und Mehrheit den politischen Willen bekundet haben, jetzt schon alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die DG ab 2020 keine Anleihen mehr aufzunehmen muss und in die Lage versetzt wird, die dann eventuell noch anstehenden Ausgaben für Infrastruktur ausschließlich mit eigenen Mitteln zu finanzieren. Wir bereiten uns also in der DG nach dem Vorbild der BRD auf eine strikte Schuldenbremse vor. Und das ist gut so.

Man kann jetzt schon sagen, dass die Verantwortungsträger richtig gehandelt haben, die der Krise durch eine Kombination von solidarischer Sparpolitik und aktiver Investitionspolitik in langfristige Güter entgegengesteuert haben - nach dem Motto "Wenn der Wind stärker bläst, muss man Segelschiffe bauen, nicht Mauern"

Es stimmt, dass die Regierung zwischen 2014 und 2019 keine übergroßen Sprünge machen können, weil auch dann weiter auf die Situation nach 2020 hingearbeitet werden muss. Nichtsdestotrotz dürften die 15 Mio für normale Infrastrukturausgaben und 5 Mio über alternative Finanzierungen ausreichend sein, weil bis dahin der Investitionsstau abgearbeitet sein wird.

Wir alle sollten immer wieder mal über den Rand unserer kleinen DG hinweg sehen - dann werden wir feststellen, dass die, welche sich manchmal beklagen, dies oftmals auf einem sehr hohen Niveau tun.

Es geht uns relativ gut, auch wenn wir noch unter den Auswirkungen der Krise leiden, doch sie konnte dank solidarischer Sparpolitik teilweise abgefedert werden.

Andererseits dürfen wir uns auch nicht in falscher Sicherheit wägen. Die strikte Haushaltsdisziplin bleibt auch für die kommenden Jahre

oberstes Gebot. Das sind wir denen schuldig, die nach uns die Geschicke unserer Heimat leiten müssen.

Die ProDG-Fraktion spricht der Regierung das Vertrauen aus und stimmt dem angepassten Haushalt gerne zu.